

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

25.02.2013

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 30. Sitzung
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 25. Februar 2013

Beginn : 18:05 Uhr
Ende : 21:42 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Jost Aé
- Ursula Behrendt
- Ulrike Berger
- Dr. Ullrich Bittner
- André Bleckmann
- Ulf Burmeister
- Erich Cymek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Professor Dr. Frank Hardtke
- Marion Heinrich
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Jörn Kasbohm
- Dr. Andreas Kerath
- Christian Köhler
- Edda Krille
- Christian Kruse
- Marian Kummerow
- Anne Lembke
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Franz-Robert Liskow
- Dirk Littmann
- Wilfried Lüthen
- Dr. Thomas Meyer
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Christian Radicke
- Sebastian Ratjen
- Anja Reuhl
- Angelika Richter

Birgit Socher
Ludwig Spring
Dr. Rainer Steffens
Dr. Harald Stegemann
Mechthild Thonack
Ingo Ziola

Entschuldigt : Dr. Gerhard Bartels
Norbert Braun
Dr. Lür Kühne

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. Große Anfrage zur Realisierung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes
Einbringer: Bündnis 90/Die Grünen
- 6. Diskussion von Beschlussvorlagen**
 - 6.1. Umbesetzungen von Gremien**
 - 6.1.1. Umbesetzung des Hauptausschusses B566-30/13
SPD-Fraktion
 - 6.1.2. Umbesetzung Ausschuss für Bildung, Universität und Kultur B567-30/13
SPD-Fraktion
 - 6.1.3. Umbesetzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften B568-30/13
SPD-Fraktion
 - 6.1.4. Umbesetzung des Ausschusses für Sport B569-30/13
SPD-Fraktion
 - 6.1.5. Umbesetzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Jugend B570-30/13
SPD-Fraktion
 - 6.1.6. Umbesetzung Beirat ABS B571-30/13
SPD-Fraktion
 - 6.1.7. Umbesetzung: Zweckverband der Sparkasse Vorpommern B572-30/13
SPD-Fraktion
 - 6.1.8. Umbesetzung Ausschuss für Soziales, Jugend, Gesundheit B573-30/13
Bündnis 90 / Die Grünen
 - 6.1.9. Neubesetzung Stellvertretung Ortsteilvertretung Innenstadt B574-30/13
Bündnis 90 / Die Grünen
 - 6.1.10. Besetzung des zeitweiligen Ausschusses "Investitions- und Sanierungsvorhaben" B575-30/13
interfraktioneller Antrag

- | | | |
|--------|---|------------|
| 6.1.11 | Umbesetzung Nahverkehrsbeirat
<i>SPD-Fraktion</i> | B576-30/13 |
| 6.2. | 60 Jahre Volksaufstand in der DDR
<i>CDU-Fraktion</i> | B577-30/13 |
| 6.3. | Prüfauftrag zur Errichtung eines kommunalen Tierfriedhofes
<i>CDU-Fraktion</i> | B578-30/13 |
| 6.4. | Eindämmung der Plakatierung für Wahlkampfplakate
<i>SPD-Fraktion</i> | B579-30/13 |
| 6.5. | Annahme einer Spende für Projekte der Kriminalprävention
<i>Oberbürgermeister</i> | B580-30/13 |
| 6.6. | Neufassung der Hauptsatzung 2013
<i>Dez. I, Abt. Recht</i> | B581-30/13 |
| 6.7. | Neuordnung der Wahlbereiche und Wahlbezirke in der UHGW
<i>Dez. I , Amt 10</i> | B582-30/13 |
| 6.8. | Modelle zur Weiterentwicklung der Theater- und
Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern
<i>Dez. III</i> | B583-30/13 |
| 6.9. | Beschluss zum Ausbau der „Heinrich-Heine-Straße“ sowie zur
Abschnittsbildung und Klassifizierung für die Abrechnung der
Straßenbaumaßnahme nach Straßenbaubeitragssatzung
<i>Dez. II, Amt 60</i> | B584-30/13 |
| 6.10. | B.-Plan Nr. 29 - Gützkower Landstraße - Satzungsbeschluss
<i>Dez. II, Amt 60</i> | B585-30/13 |
| 6.11. | B.-Plan Nr. 87 - Herrenhufen Nord
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang)
<i>Dez. II, Amt 60</i> | B586-30/13 |
| 6.12. | Prüfung der gesellschaftsrechtlichen Verknüpfung von
Biotechnikum Greifswald GmbH und Technologiezentrum-
Fördergesellschaft Vorpommern mbH
<i>Dez. I, Beteiligungsmanagement</i> | |
| 6.13. | Strategiekonzept und Prüfauftrag des See- und
Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und
Hansestadt Greifswald
<i>OB, STZ</i> | |
| 6.14. | Maßnahme für THH 6, Produkt 11403 -Differenzierter Winterdienst
in der UHGW-möglichst salzarm
<i>Dez. II , Amt 66</i> | |
| 7. | Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des
Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt | |
| 8. | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der
Bürgerschaft | |
| 9. | Mitteilungen des Präsidenten | |
| 10. | Bestätigung der Niederschrift vom 10.12.2012 | |
| 11. | Schluss der Sitzung | |

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet den nichtöffentlichen Teil der 30. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 40 anwesenden Mitgliedern der Bürgerschaft ist diese beschlussfähig.

Der Präsident teilt mit, dass Herr Karl-Dieter Schmidt sein SPD-Mandat zurückgegeben hat. Das Nachfolgemandat tritt Frau Anne Lembke an. Der Präsident verpflichtet Frau Lembke per Handschlag zur gewissenhaften Arbeit als Mitglied der Bürgerschaft und zur Einhaltung der Kommunalverfassung, der Hauptsatzung sowie der Geschäftsordnung der Bürgerschaft.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König und seine beiden Stellvertreter, Herr Hochheim und Herr Dembski sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Präsident informiert über ausgereichte Tischvorlagen, die wie folgt in die Tagesordnung aufgenommen werden:

TOP 6.1.10 Besetzung des zeitweiligen Ausschusses "Investitions- und Sanierungsprojekten"

TOP 6.1.11 Umbesetzung Nahverkehrsbeirat

Außerdem wurden Änderungsanträge zur Hauptsatzung TOP 6.6 ausgereicht.

Der Präsident informiert über drei im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse:

TOP 4.1 - Mietvertrag zur Nutzung der Montessori-Schule

TOP 4.2 - Rückabwicklung von Verträgen über Grundstücke im Areal des B.-Plan

Nr. 55 - Hafenstraße

TOP 4.3 - Lange Reihe 1 (Vergleich)

Der Präsident stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: bei 39 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme bestätigt

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Abgesandter des Vereins A.D.P.A.e.V.

Der A.D.P.A.e.V. ist ein kleiner Verein, der sich in Bergen auf Rügen gegründet hat. Ziel des Vereins ist es, Afrika zu unterstützen. Die

Mitglieder kommen aus Togo, Benin, Ghana und Deutschland. Sie versuchen mit „Kochprojekten“ auf sich aufmerksam zu machen. Sie nennen es einen Tag der Freude. Es werden afrikanische Gerichte gekocht und auch Getränke hergestellt. Beim Essen soll man sich näher kommen und etwas über die afrikanische Kultur erfahren. Am Ende des Tages spendet jeder, was er kann. Von diesem Geld wird eine Suppenküche in Togo unterstützt. Der junge Mann, der den Verein vorstellte, ist in Bergen geboren und besucht die Erwin-Fischer-Schule. Er gehört einer Familie aus Togo an, die jetzt in Greifswald lebt und arbeitet. Während der Bürgerschaftssitzung wurden 173 € gesammelt, die nach Afrika überwiesen worden sind, die dort eine große Hilfe sein werden. Der Verein erhielt die Anregung sich mit dem Trägerverein für Togo von Herrn Kuessner in Verbindung zu setzen.

Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

- keine schriftlich gestellten Fragen

**Zu TOP: 5 Große Anfrage zur Realisierung des Integrierten
Klimaschutzkonzeptes
Einbringer: Bündnis 90/Die Grünen**

Die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen liegt allen Bürgerschaftsmitgliedern vor.

Herr Hochheim nimmt die Beantwortung vor. Die schriftlichen Ausführungen werden den Fraktionen per E-Mail übersandt und sind im Ratsinformationssystem bei der Sitzung der Bürgerschaft als Anlage hinterlegt.

Zu TOP: 6 Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 6.1 Umbesetzungen von Gremien

**Zu TOP: Umbesetzung des Hauptausschusses
6.1.1 B566-30/13**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neues ordentliches Mitglied im Hauptausschuss wird Herr Norbert Braun anstelle von Herrn Karl-Dieter Schmidt ernannt.

Als Stellvertreter im Hauptausschuss werden Herr Jost Aé und Herr Dirk Littmann ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: **Umbesetzung Ausschuss für Bildung, Universität und Kultur**
6.1.2 **B567-30/13**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neues Mitglied im Ausschuss für Bildung, Universität und Kultur wird Herr Jost Aé anstelle von Herrn Karl-Dieter Schmidt ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: **Umbesetzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und**
6.1.3 **Liegenschaften**
 B568-30/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neue Stellvertreterin im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften wird Frau Marlene Sindt anstelle von Herrn Karl-Dieter Schmidt ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: **Umbesetzung des Ausschusses für Sport**
6.1.4 **B569-30/13**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neuer Stellvertreter im Ausschuss für Sport wird Herr Ibrahim Al Najjar anstelle von Herrn Karl-Dieter Schmidt ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: **Umbesetzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und**
6.1.5 **Jugend**
 B570-30/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neue Stellvertreterin im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Jugend wird Frau Ulla Tesmer anstelle von Herrn Hans-Jürgen Dominik ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: **Umbesetzung Beirat ABS**
6.1.6 **B571-30/13**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neues Mitglied im Beirat der ABS wird Frau Anne Lembke anstelle von Herrn Karl-Dieter Schmidt ernannt.

Abstimmungsergebnis: bei 39 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
beschlossen

Zu TOP: **Umbesetzung: Zweckverband der Sparkasse Vorpommern**
6.1.7 **B572-30/13**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neues stellvertretendes Mitglied im Zweckverband der Sparkasse Vorpommern wird Herr Dr. Andreas Kerath anstelle von Herrn Christian Pegel ernannt.

Abstimmungsergebnis: bei 39 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
beschlossen

Zu TOP: **Umbesetzung Ausschuss für Soziales, Jugend, Gesundheit**
6.1.8 **B573-30/13**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt folgende Umbesetzungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss für Soziales, Jugend, Gesundheit:

Herr **Michael Steiger** scheidet als ordentlicher Vertreter aus dem Ausschuss aus. Neuer ordentlicher Vertreter im Ausschuss wird Herr **Jan-Ole Schulz**.

Frau **Anne Wolf** scheidet als stellvertretendes Mitglied aus dem Ausschuss aus. Neues stellvertretendes Mitglied wird Herr **Michael Steiger**.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: **Neubesetzung Stellvertretung Ortsteilvertretung Innenstadt**
6.1.9 **B574-30/13**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt folgende Neubesetzungen der **Stellvertreterposten** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Ortsteilvertretung Innenstadt/Fleischervorstadt:

Herr **Michael Steiger** und Herr **Jan-Ole Schulz** werden Stellvertreter für den Vertreter der Fraktion in der Ortsteilvertretung, Herrn Bernd Biedermann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: **Besetzung des zeitweiligen Ausschusses "Investitions- und Sanierungsvorhaben"**
6.1.10 B575-30/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald benennt folgende Mitglieder und Stellvertreter/innen für den zeitweiligen Ausschuss

„Investitions- und Sanierungsvorhaben“:

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter/in</u>
CDU-Fraktion	Herr Thomas Mundt Herr Christian Kruse Herr Jürgen Liedtke	Herr Sven Thonack Herr Dr. Luer Kühne Herr Florian Stahlkopf
Fraktion DIE LINKE	Herr Dr. Gerhard Bartels Herr Dr. Jörn Kasbohm Frau Marion Heinrich	Frau Ursula Behrendt Herr Marian Kummerow Herr Peter Multhaus
SPD-Fraktion	Herr Burchard Dreiseitel Herr Dirk Littmann	Herr Dirk Barfknecht Herr Dr. Andreas Kerath
Zählgemeinschaft Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Herr Prof. Dr. Hardtke	Herr Dr. Ullrich Bittner Herr Dr. Stefan Fassbinder	Frau Anja Reuhl Herr Michael Steiger Herr Klaus Leupold
Fraktion Bürgerliste Greifswald	Herr Christian Radicke	Herr Markus Kolbe
FDP-Fraktion	Frau Dr. Sonja Gelinek	Herr Philipp Regge Herr André Bleckmann

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: **Umbesetzung Nahverkehrsbeirat**
6.1.11 B576-30/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neues Mitglied im Nahverkehrsbeirat wird Frau Dr. Monique Wölk anstelle von Herrn Karl-Dieter Schmidt ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.2 60 Jahre Volksaufstand in der DDR

B577-30/13

Herr Kruse bringt die Beschlussvorlage der CDU-Fraktion ein und nimmt die Begründung vor. Die CDU-Fraktion regt an, an diesem 17. Juni eine Sondersitzung der Bürgerschaft durchzuführen. Ebenso wäre eine Ausstellungseröffnung im öffentlichen Raum durch den Oberbürgermeister denkbar.

Der Oberbürgermeister hält diesen 60. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR für ein sehr wichtiges Anliegen. Herr Dr. König hält eine Sondersitzung der Bürgerschaft für eine würdige Veranstaltung. Wenn sie nicht am 17.06.2013 stattfinden kann, könnte man die Sondersitzung auch eine Woche später durchführen. Vielleicht könnte man auch einen Festredner gewinnen. Die Fraktionen könnten dann auch ihre Wertung dieses Tages vornehmen. Herr Dr. König merkt an, dass es im Archiv zu diesem Volksaufstand keinerlei Material gibt.

Der Oberbürgermeister bittet die Fraktionen um entsprechende Signale zu diesem Thema.

Herr Multhauf begrüßt das Ansinnen der CDU-Fraktion, besondere Tage in der Geschichte würdig zu begehen. Herr Multhauf ist der Meinung, dass dieser Aufstand eigentlich mit Greifswald nicht viel zu tun hat. Dabei verweist er auf eine Untersuchung von Klaus Schwabe zum „Aufstand an der Küste“. Unter anderem verweist Herr Multhauf auf eine Ausstellung im Bundesfinanzministerium. Eine Sondersitzung der Bürgerschaft hält Herr Multhauf für nicht angemessen.

Herr Spring findet den Vorschlag des Oberbürgermeisters für angemessen.

In diesem Jahr jährt sich auch der 100. Geburtstag eines Zeitzeugen, Stefan Heym. Stefan Heym hat zu diesem Thema ein Buch geschrieben, das man vielleicht einbauen kann.

Da am 17. Juni eine Kreistagssitzung stattfindet, regt Herr Dr. Fassbinder an, sich mit dem Kreistagsbüro in Verbindung zu setzen, ob vielleicht eine gemeinsame Veranstaltung an diesem Tag stattfinden könnte.

Nach einigen weiteren Bemerkungen lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister:

Anlässlich des 60. Jahrestages wird die Universitäts- und Hansestadt Greifswald eine Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der ehemaligen DDR durchführen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und
3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.3 Prüfauftrag zur Errichtung eines kommunalen Tierfriedhofes
B578-30/13

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage der CDU-Fraktion erfolgt durch Frau Thonack.

Im Rahmen der Diskussion stellt Herr Dr. Kerath für die SPD-Fraktion zwei Änderungsanträge. „auf dem Areal des jetzigen Neuen Friedhofes“ zu streichen und am Ende des Beschlusstextes „oder ob es private Interessenten zur Errichtung und Betreibung eines Tierfriedhofes gibt.“ anzufügen.

- kein Widerspruch des Einbringers

Herr Dr. Stegemann stellt nicht in Abrede, dass es Menschen gibt, für die es ein Bedürfnis ist, ihre verstorbenen Haustiere angemessen zu beerdigen. Die Linksfraktion ist gegen die Betreibung eines Tierfriedhofes als kommunale Aufgabe. Sollte es den Bedarf eines Tierfriedhofes geben, sollte sich die freie Wirtschaft oder ein Verein dieser Aufgabe widmen.

Herr Dr. Bittner findet es schlimm, dass dieser Tierfriedhof auf dem Neuen Friedhof entstehen sollte. Durch den SPD-Antrag werde das Anliegen relativiert. Herr Dr. Bittner bemerkt, dass es für diese Tierbeerdigungsstätte keinerlei Nähe zu einem menschlichen Friedhof geben darf.

Für die Linksfraktion bringt Herr Multhaus die totale Ablehnung dieses Beschlusses zum Ausdruck.

Nach einigen weiteren Bemerkungen für und gegen diese Beschlussvorlage lässt der Präsident über folgenden geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, ob es möglich ist, auf einer bisher ungenutzten Fläche einen städtischen Tierfriedhof einzurichten und kostendeckend zu betreiben oder ob es

private Interessenten zur Errichtung und Betreibung eines Tierfriedhofes gibt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.4 Eindämmung der Plakatierung für Wahlkampfplakate
B579-30/13

Herrn Littmann bringt die Beschlussvorlage der SPD-Fraktion ein und nimmt die Begründung vor.

Die Stellungnahme der CDU-Fraktion erfolgt durch Herrn Hochschild. Seine Fraktion lehnt die Beschlussvorlage ab.

Der Oberbürgermeister bringt zum Ausdruck, dass die Verwaltung es nicht schafft, bis zur Bauausschusssitzung am 12.03.2013 einen entsprechenden Satzungsentwurf vorzulegen.

Herr Dr. Fassbinder erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen wird. Wahlkampf muss auch sichtbar sein. Die bestehenden Regelungen und Bestimmungen im Wahlkampf müssten nur durchgesetzt werden.

Auch Herr Ratjen lehnt die Beschlussvorlage ab.

Herr Dr. Kasbohm regt an, andere Alternativen zu suchen, um mit den Menschen zu kommunizieren.

Herr Dr. Steffens fragt, warum es den Parteien nicht überlassen bleibt, wie Wahlwerbung betrieben wird und Wähler gewonnen werden. Er äußert seine Sorge, dass die NPD überall ihre Plakate aufhängt, auch wenn es verboten ist. Die Verwaltung muss nur durchsetzen, dass die Plakate innerhalb von zwei Wochen wieder abgehängt sind.

Für die Verwaltung bezieht Herr Hochheim Stellung. Er schlägt vor, den Beschlusstext zu ändern, dass gegebenenfalls bis zur Bürgerschaftssitzung am 13.05.2013 ein entsprechender Satzungsentwurf vorgelegt wird.

Herr Dr. Kerath greift den Vorschlag von Herrn Hochheim auf.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen im Rahmen der Diskussion stellt Herr Liskow folgenden geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister,

die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Begrenzung des Plakatierens durch politische Parteien zu prüfen und gegebenenfalls einen entsprechenden Satzungsentwurf bis zur Bürgerschaftssitzung am 13.05.2013 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: bei 12 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP: 6.5 Annahme einer Spende für Projekte der Kriminalprävention
B580-30/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme der Spende der Deutsche Städte Medien GmbH in Höhe von 5.000 € für Projekte der Kriminalprävention.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung
beschlossen

Zu TOP: 6.6 Neufassung der Hauptsatzung 2013
B581-30/13

Allen Bürgerschaftsmitgliedern wurde ein Änderungsblatt der Verwaltung zur Änderung der Hauptsatzung ausgereicht.

I. Änderungen nach Abstimmung mit dem Innenministerium M-V

Nach Abstimmung mit dem Innenministerium M-V ergab sich Änderungsbedarf an dem eingebrachten Entwurf der Hauptsatzung. Unter den Ziffern 1 – 3 wird der Wortlaut der Hauptsatzung in der durch die Verwaltung aktualisierten Fassung wiedergegeben. Ziffer 4 bezeichnet nochmals die gestrichene Regelung.

1. § 5 Abs. 5 Nr. 8

bei der befristeten Niederschlagung offener Forderungen oberhalb 50.000 Euro bis zu 300.000 Euro; bei der unbefristeten Niederschlagung offener Forderungen oberhalb 10.000 Euro bis zu 100.000 Euro; beim Erlass offener Forderungen oberhalb 3.000 Euro bis zu 50.000 Euro;

2. § 5 Abs. 6

Dem Hauptausschuss werden folgende Befugnisse der Bürgerschaft als oberste Dienstbehörde nach § 22 Abs. 5 Satz 1 und 2 Kommunalverfassung M-V übertragen, soweit durch Gesetz oder auf

Grund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist:

- die Einstellung, Höhergruppierung und Kündigung des Beschäftigungsverhältnisses der Amtsleiter/innen,
- die Ernennung, Beförderung, Entlassung und Versetzung in den Ruhestand des Dienstverhältnisses der Beamten und Beamtinnen ab einem Amt der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt.

Der Hauptausschuss entscheidet in diesen Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister.

3. § 19 Abs. 8 S. 2

Die Ostsee-Zeitung erscheint als Tageszeitung bei der Ostseezeitung GmbH & Co. KG, Rostock und kann kostenpflichtig einzeln oder im Abonnement bezogen werden.

4. ersatzlose Streichung des § 17 Abs. 7

II. Änderung nach der erweiterten Präsidiumssitzung

In der erweiterten Präsidiumssitzung ergab sich folgender übereinstimmender Änderungsbedarf:

§ 6 Abs. 2 S. 1

Den vorstehenden Ausschüssen gehören – soweit nichts anderes bestimmt ist – jeweils zwölf Mitglieder an. Sie setzen sich aus mindestens sieben Mitgliedern der Bürgerschaft und höchstens fünf sachkundigen Einwohnern zusammen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt Frau Reuhl folgenden Änderungsantrag ein und begründet ihn:

1. Antrag

Die gesamte Hauptsatzung ist durchgängig und konsequent in geschlechtsneutraler Sprache zu formulieren.

Herr Dr. Fassbinder bringt folgende drei Anträge zur Änderung der ausgereichten Hauptsatzung ein und begründet sie:

2. Antrag

1. § 5 (1) Öffentlichkeit des Hauptausschusses: Streichen im letzten Satz: „nicht“

3. Antrag

2. § 9 (2) Beigeordnete: „zwei Beigeordnete“ ersetzen durch „einen Beigeordneten bzw. eine Beigeordnete“

4. Antrag

3. § 21 (2) Zweiten Halbsatz zum Rederecht ändern in: „wenn die Mehrheit der Mitglieder der Ortsteilvertretung dem nicht ausdrücklich widerspricht“

Herr Dr. Kasbohm bringt folgende Anträge der Linksfraktion zur Änderung der Hauptsatzung ein und begründet sie:

§4 (1) *Streichung* der Punkte 2 (Steuer...), 3 (Grundstücks...) und 5 (Vergabe von Aufträgen) **zurückgezogen**

§4 (2) Alt: „... sind 1 Woche ...“
Ersetzen mit „...SOLLTEN 1 Woche ...“

§4 (2) Alt „... sind 1 Woche...“
Ersetzen mit „... selbst beantwortet werden KÖNNEN....“

§5 (5/1) Neuformulierung:

„1. bei Genehmigung von Verträgen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit Mitgliedern der Bürgerschaft und ihrer Ausschüsse sowie mit dem OB und leitenden Mitarbeitern der der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bis zu einem Wert von 2.500,- EUR. Bei höheren Werten bedarf es einer Entscheidung der Bürgerschaft. Gleiches gilt für Verträge der Gemeinde mit natürlichen und juristischen Personen oder Vereinigungen, die durch die genannten Personen vertreten werden.“

§5 (5/2) Halbierung der Wertgrenzen: 25.000 EUR auf 12.500 EUR;
380.000 EUR auf 190.000 EUR

§5 (5/3) Halbierung der Wertgrenzen: 25.000 EUR auf 12.500 EUR;
600.000 EUR auf 300.000 EUR

§5 (5/5) Halbierung der Wertgrenzen: 150.000 EUR auf 75.000 EUR

§5 (5/6) Reduzierung der Wertgrenzen: 100.000 EUR auf 50.000 EUR;
3 Mio. EUR auf 500.000 EUR

Im Rahmen der Diskussion spricht Herr Prof. Joecks für die SPD-Fraktion. Die Frage des/der Beigeordneten sollte man der 2014 neu zu wählenden Bürgerschaft überlassen.

Der Präsident schlägt vor, die einzelnen Änderungsanträge zur Abstimmung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: geschlechterneutrale Sprache
bei 15 Ja-Stimmen, 23 Gegenstimmen und
2 Stimmenthaltungen abgelehnt

Abstimmungsergebnis: **§4 (2) Ersetzen mit „...SOLLTEN 1 Woche ...“**

bei 10 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: **§4 (2) Ersetzen mit**
“... selbst beantwortet werden KÖNNEN...”
bei 9 Ja-Stimmen und einigen

Stimmenthaltungen

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: § 5 (1) Öffentlichkeit des Hauptausschusses
bei 18 Ja-Stimmen und 22 Gegenstimmen
abgelehnt

Abstimmungsergebnis: **§5 (5/1) Neuformulierung Abs. 1**
bei 14 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: **§5 (5/2) Halbierung der Wertgrenzen**
bei 13 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: **§5 (5/3) Halbierung der Wertgrenzen**
bei 13 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: **§5 (5/5) Halbierung der Wertgrenzen**
bei 13 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: **§5 (5/6) Reduzierung der Wertgrenzen**
bei 13 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: **§ 9 (2) ein/e Beigeordneter/r**
bei 21 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen und
2 Stimmenthaltungen abgelehnt, da nicht die
qualifizierte Mehrheit erreicht wurde

Der Präsident unterbricht die Sitzung, um mit der Rechtsabteilung abzuklären, ob in diesem Fall die einfache Mehrheit ausreichend ist.

Pause von 20:25 Uhr bis 20:40 Uhr

Nach Abstimmung im Präsidium erklärt der Präsident der Bürgerschaft, dass entsprechend § 5 der Kommunalverfassung M-V zur Änderung der Hauptsatzung eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist.

Der Oberbürgermeister unterstützt diese Auffassung nach Abstimmung mit der Rechtsabteilung.

Abstimmungsergebnis: § 21 (2) zum Rederecht
bei 12 Ja-Stimmen und einigen
Stimmenthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Im Rahmen der Besprechung beantragt Herr Multhaus im § 21 Abs. 1) im letzten Satz „speziell“ zu streichen. Außerdem beantragt er, die letzten beiden Sätze im § 21 Abs. 2) zu streichen. Im Abs. 4) des § 21 soll der letzte Satz gestrichen werden.

Herr Kruse spricht gegen den ersten Antrag.

Herr Prof. Joecks kritisiert, dass die Anträge so spontan gestellt werden und nicht vorher eingereicht wurden.

Der Präsident lässt über diese drei Anträge abstimmen.

Abstimmungsergebnis: § 21 Abs. 1) „speziell“ streichen
bei 8 Ja-Stimmen und einigen
Stimmenthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: § 21 Abs. 2) 4 Minuten streichen
bei 10 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: § 21 Abs.4) letzter Satz streichen
bei 7 Ja-Stimmen und einigen
Stimmenthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Damit lässt der Präsident über die durch die Verwaltung geänderte Hauptsatzung abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende Neufassung der Hauptsatzung.

Abstimmungsergebnis: bei 24 Ja-Stimmen und 14 Gegenstimmen beschlossen

**Zu TOP: 6.7 Neuordnung der Wahlbereiche und Wahlbezirke in der UHGW
B582-30/13**

Zu diesem Tagesordnungspunkt bringt Herr Dr. Kerath für die SPD-Fraktion folgenden Änderungsantrag ein:

Der Wahlbezirk 092 wird dem Wahlbereich 4 zugeordnet und die Wahlbezirke 101 und 141 werden dem Wahlbereich 3 zugeordnet.

Daraufhin gibt Frau Demuth, Leiterin des Haupt- und Personalamtes entsprechende Erläuterungen, warum die Zuordnung des Wahlbezirkes 101 zum Wahlbereich 3 nicht möglich ist, weil dadurch die Wahlgrenzen des Landkreises durchschnitten werden. Die Zuordnung der Wahlbezirke 092 und 141 zu Wahlbereich 4 bzw. 3 wären möglich.

Auf Nachfrage ist der Antragsteller mit der Streichung des Wahlbezirkes 101 im Änderungsantrag einverstanden.

Herr Multhaus ist gegen den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und beantragt, die Beschlussvorlage zur Neuordnung der Wahlbereiche und Wahlbezirke aufgrund des Beschlusses B408-21/11 in die Ortsteilvertretungen zurück zu verweisen. Er zitiert aus dem Beschluss und der Sachdarstellung des Beschlusses vom 12.12.2011.

Daraufhin erklärt der Oberbürgermeister, dass die Neuordnung der Wahlbereiche und Wahlbezirke Anliegen der ganzen Stadt und nicht eines speziellen Ortsteiles ist.

Der Präsident stellt folgenden geänderten Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

Der Wahlbezirk 092 wird dem Wahlbereich 4 und der Wahlbezirk 141 wird dem Wahlbereich 3 zugeordnet.

Abstimmungsergebnis: bei 20 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen und einigen

Stimmenthaltungen beschlossen

Herr Liskow lässt nun über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn

Multhauf zum Rückverweis in die Ortsteilvertretungen abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 12 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Damit lässt der Präsident die geänderte Beschlussvorlage zur Neuordnung der Wahlbereiche und Wahlbezirke abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Neuordnung der Wahlbereiche und Wahlbezirke.

Abstimmungsergebnis: bei 24 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen und
2 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 6.8 Modelle zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen
in Mecklenburg-Vorpommern**
B583-30/13

Als Gast ist der Intendant des Theaters Vorpommern, Herr Dirk Löschner anwesend.

Die Einbringung und Begründung erfolgt durch Herrn Senator Dembski. Im Rahmen dieser Ausführungen bemerkt Herr Dembski, dass die Bürgerschaft erst nach Vorliegen des Gutachtens entscheiden muss wie es mit dem Theater weitergehen soll. Erst einmal geht es mit dieser Vereinbarung um die Untersuchungen. Der vorgelegte Entwurf ist nicht mit dem Land abgestimmt. Greifswald und Stralsund haben sich geeinigt, dass es sinnvoll ist, erst einmal die Vereinbarung zu beschließen. Sagt das Land „Nein“, muss das Land mit den Kommunen neu verhandeln. Nimmt das Land den vorgelegten Vertrag so an, bedarf es keines weiteren Bürgerschaftsbeschlusses.

Herr Dembski bittet darum, an der Vereinbarung keine Änderungen vorzunehmen, weil die Vereinbarung mit Stralsund und dem Landkreis Vorpommern-Rügen abgestimmt ist.

Für die CDU-Fraktion gibt Herr Dr. Steffens die Stellungnahme ab. Die Änderungen, die in diesem Vereinbarungsentwurf eingeflossen sind, wurden ausführlich im Aufsichtsrat des Theaters diskutiert. Wichtig ist, dass das Theater Planungssicherheit bis 2016 bekommt.

Anhand einer Präsentation beschreibt Frau Socher die Theatersituation. Die Präsentation liegt in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsicht vor.

Im Rahmen der Diskussion sprechen Herr Multhauf, Frau Berger, Herr Aé

und Herr Ratjen zur Theaterthematik. Danach stehen die Kommunen eigentlich vor unlösbaren Problemen. Der Verhandlungsauftrag an Herrn Dembski ist mit der vorgelegten Vereinbarung klar formuliert.

Da es keinen Änderungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschluss in unveränderter Form abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, die anliegende Vereinbarung zu den Voraussetzungen und Grundlagen der zukünftigen Organisation der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.9 Beschluss zum Ausbau der „Heinrich-Heine-Straße“ sowie zur Abschnittsbildung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach Straßenbaubeitragssatzung B584-30/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Ausbau der „Heinrich-Heine-Straße“ und gemäß der Straßenbaubeitragssatzung (SBS) in der gültigen Fassung die Abschnittsbildung und Klassifizierung der Straße für die Abrechnung der Kosten (vgl. Anlage beigefügten Übersichtsplan):

1. Die „Heinrich-Heine-Straße“ soll entsprechend dem anliegenden Übersichtsplan der Ausbaumaßnahme mit Abschnittsbildung in dem Bereich von der Einmündung „Schillerstraße“ bis zur Kreuzung „Verlängerte Scharnhorststraße“ ausgebaut werden.
2. Die Abrechnung soll anhand der nach § 8 Abs. 4 KAG M-V i.V.m. § 4 Abs. 1 SBS zu beschließenden Abschnittsbildung in zwei Abrechnungsabschnitten wie folgt vorgenommen werden:

Abrechnungsabschnitt 1:

von der Einmündung „Schillerstraße“ bis zur Einmündung „Georg-Büchner -Straße“
(Ausbau als Mischverkehrsfläche mit teilweise überfahrbarem Gehweg).

Abrechnungsabschnitt 2:

ab Einmündung „Georg-Büchner-Straße“ bis zur Kreuzung „Verlängerte Scharnhorststraße“ (Ausbau als Fahrbahn mit beidseitigem Gehweg).

3. Die „Heinrich-Heine-Straße“ wird in ihrer gesamten Länge zur Anliegerstraße klassifiziert. Entsprechend der Klassifizierung sind von den Anliegern gemäß § 3 Abs. 2 der SBS anteilige Kosten in Höhe von 75 v.H. aufzubringen.
4. Für die Straßenbaumaßnahme sollen Vorausleistungen auf die künftige Beitragsschuld erhoben werden.
5. Auf die Grundstücksteilung und Vermarktung der städtischen Grundstücke im Gebiet des B-Planes 88 soll vorerst bis zur Fertigstellung und Beitragsbescheidung der Straßenbaumaßnahme Heinrich-Heine-Straße, Abrechnungsabschnitt 2, verzichtet werden. Die auf die Verteilungsflächen des B-Planes 88 entfallenden Beiträge werden bei der Vermarktung der Grundstücke auf den ermittelten Verkehrswert aufgeschlagen.

Finanzierung

	HH-Stelle	Verbale Beschreibung und Bemerkung
1	54100.23321000	Vorausleistung Straßenbaubeiträge Heinrich-Heine-Straße
2	54100.23321000	Endbescheidung Straßenbaubeiträge H e i n r i c h – H e i n e – S t r a ß e

	geplant	vorhanden	Bedarf	Rest	Järl. Kosten
1	300.000,00 €				
2	86.000,00 €				

Abstimmungsergebnis: bei 38 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

**Zu TOP:
6.10**

B.-Plan Nr. 29 - Gützkower Landstraße - Satzungsbeschluss
B585-30/13

Herr Dr. Kasbohm bringt zum Ausdruck, dass die Lärmproblematik das Hauptproblem darstellt. Bei nächsten Planungen sollte eine 30-Zone berücksichtigt werden.

Der Präsident stellt folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 29 – Gützkower Landstraße –

wie folgt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs (3. Durchgang) sowie zum vereinfachten Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 29 – Gützkower Landstraße – vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt, wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt. Der Oberbürgermeister wird die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis setzen.
 2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.07.2011 (BGBl. I, S. 1509), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 2006 (GVOBl. M-V S. 102), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2011 (GVOBl. M-V S. 323), beschließt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald den Bebauungsplan Nr. 29 – Gützkower Landstraße –, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung (Anlage 2).
 3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 29 – Gützkower Landstraße – wird gebilligt (Anlage 3).
 4. Der Oberbürgermeister gibt den Beschluss der Satzung zum Bebauungsplan Nr. 29 – Gützkower Landstraße – gemäß § 10 BauGB ortsüblich bekannt. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung und Umweltbericht während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.
- Abstimmungsergebnis:** bei 37 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: **B.-Plan Nr. 87 - Herrenhufen Nord**
6.11 **- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang)**
 B586-30/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang) zum Bebauungsplan Nr. 87 – Herrenhufen Nord - wie folgt:

1. Der Entwurf (2. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 87 – Herrenhufen Nord - (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
Mit dem Entwurf (2. Durchgang) wird für den im Plan (Anlage 1) entsprechend gekennzeichneten Bereich des rechtskräftigen

Bebauungsplans Nr. 6 – Technologiepark – eine Ersetzung durch die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 87 – Herrenhufen Nord vorbereitet.

2. Der Entwurf (2. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 87 – Herrenhufen Nord - (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) sind gemäß § 4a Abs. 3 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4a Abs. 3 BauGB zu dem o.g. Entwurf einschließlich Begründung mit Umweltbericht zu beteiligen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs (2. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 87 – Herrenhufen Nord - und dessen Begründung mit Umweltbericht sind ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: bei 38 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

**Zu TOP:
6.12 Prüfung der gesellschaftsrechtlichen Verknüpfung von Biotechnikum Greifswald GmbH und Technologiezentrum-Fördergesellschaft Vorpommern mbH**

Die Verwaltung prüft die Voraussetzungen und Vorteile einer gesellschaftsrechtlichen Verknüpfung der Biotechnikum Greifswald GmbH und der Technologiezentrum-Fördergesellschaft Vorpommern mbH.

**Zu TOP:
6.13 Strategiekonzept und Prüfauftrag des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

Herr Kruse stellt Nachfragen zum Strategiekonzept. Warum muss das Motorschiff „Artur Becker“ unter 1.1 (1) a) strategisch aufgenommen werden?

Ist die Betreuung der bisherigen Sparten auch mit reduziertem Personal (Saisonkräften) möglich? Diese Frage schlägt er vor, als 4. Punkt zu prüfen.

Auf die Fragen geht Herr Schult, Betriebsleiter des STZ ein. Das sogenannte Strategiekonzept sind erste Gedanken, die in den nächsten Jahren anstehen. Die Verwaltung hat sich selbst den Prüfauftrag gestellt und deshalb als Informationsvorlage vorgelegt. Dazu gehört dann auch die Überarbeitung der Satzung zur Betreuung der „Artur Becker“, weil es dieses Motorschiff nicht mehr gibt.

Im Rahmen der Diskussion möchte Herr Multhaus wissen, wie viel Geld

durch die „Artur Becker“ eingespart wird. Er regt an, z.B. mit Seglern in Polen und Schweden ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass Ziele erarbeitet werden sollen. Die „Greif“ wird immer zu Greifswald gehören.

Frau Reuhl regt an, über weitere Möglichkeiten nachzudenken. Sie schlägt vor, eine Strategie zu erarbeiten und sich mit allen Beteiligten zusammenzusetzen. Sie regt an, eine Zukunftskonferenz zur „Greif“ anzustreben.

Die Bürgerschaft nimmt das Strategiekonzept des See- und Tauchsportzentrums zur Kenntnis.

Die Verwaltung will nachfolgende Punkte prüfen:

- die Betreuung des Schiffes SSS Greif durch die Stadtwerke Greifswald GmbH/Schwimmbad und Anlagen GmbH oder durch andere städtische Gesellschaften, wie der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald,
- die Betreuung des „Schipp in“ durch private Hoteliers,
- die Rücknahme der Zwischenbetreiberfunktion der STZ für die Grundstücksbereiche Strandbad und „Alte Badeanstalt“ und damit Rückfall in den Zuständigkeitsbereich der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Zu TOP: 6.14 Maßnahme für THH 6, Produkt 11403 -Differenzierter Winterdienst in der UHGW - möglichst salzarm

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird über den Einsatz von Streusalz im „Differenzierter Winterdienst in der UHGW - möglichst salzarm“ informiert.

Zu TOP: 7 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Die Liste über die Hauptausschussbeschlüsse, die Termine und wichtige Ereignisse sowie weitere Mitteilungen werden aufgrund eines Geschäftsordnungsantrages von Herrn Hochschild dem Protokoll als Anlage beigefügt und als Anlage zur Bürgerschaftssitzung im Ratsinformationssystem eingestellt.

Herr Hochheim berichtet aus dem Dezernat II:

Der Senator informiert, dass sich die Verwaltung zwecks Sanierung der

IGS Erwin-Fischer an den Landkreis gewandt hat, weil für die Bauwerksüberprüfung und die Erstellung von Grundrissen eine entsprechende Leistung beauftragt werden soll. Die Kosten betragen etwa 60.000 €. Die Verwaltung bittet um Bestätigung der Kostenübernahme vom Landkreis. Nach Vorlage der Kostenübernahme werden die Aufträge ausgelöst.

Für einen Investor wird demnächst ein Pachtvertrag für das Volksstadion vorbereitet, der dort auf 8.000 m² einen Hochseilgarten errichten will. Baugenehmigungen, Fördermittelzusagen, Fällgenehmigungen usw. wurden durch den Investor beigebracht. Dieser Hochseilgarten soll im Mai in Betrieb gehen.

Zu TOP: 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Multhauf:

Herr Multhauf akzeptiert nicht, dass der Hochseilgarten im Volksstadion allein durch die Verwaltung entschieden wird. Er beantragt, bevor der Pachtvertrag unterschrieben wird, diesen der Bürgerschaft vorzulegen.

Herr Multhauf kann nicht nachvollziehen, warum die Informationen zur BauBeCon, BBN und zum Bahngleis in nichtöffentlicher Sitzung erfolgt sind.

Herr Hochheim erklärt, dass er sich bezüglich der Mitteilungen zur BauBeCon und zur BBN mit der Rechtsabteilung abgestimmt hat, dass sich eine öffentliche Darstellung nicht anbietet.

Bezüglich des Anschlussgleises zum Hafen Ladebow informiert der Senator, dass das von der Bürgerschaft beschlossene Interessenbekundungsverfahren zum Betrieb des Gleises Ladebow nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat. Das Interessenbekundungsverfahren wird beendet und stattdessen eine Ausschreibung für einen Dienstleistungsvertrag vorbereitet, dass der Investor dieses Gleis auf Kosten der Stadt betreibt.

Herr Aé:

Herr Aé möchte wissen, wie die Verwaltung die Rückabwicklung mit der AVILA öffentlich macht.

Daraufhin erklärt der Präsident, dass er zu Beginn des öffentlichen Teiles der Sitzung die Bürger über die drei in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse informiert hat.

Zu TOP: 9 Mitteilungen des Präsidenten

Frau Angelika Richter von der Linksfraktion hat ihr Mandat zum 1. März 2013 zurückgegeben.

Zu TOP: 10 Bestätigung der Niederschrift vom 10.12.2012

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 11 Schluss der Sitzung

21:42 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen: - Mitteilungen des Oberbürgermeisters